THEMA DES TAGES

Flüchtlingshelferin außer Dienst

Bis 2017 kümmerte sich Nancy Schendlinger um Kinder von Aslybewerbern, heute protestiert sie gegen den Bau einer Unterkunft. Wie konnte es so weit kommen?

MARLENE GAWRISCH/WELT

Früher, sagt Nancy Schendlinger, hat sie die Tür zu ihrem Haus nie abgeschlossen. Damals, in einer Zeit, in der sie in der Flüchtlingshilfe aktiv war, ging sie davon aus, dass im beschaulichen Lübben im Spreewald schon nichts passieren könnte. Heute ist das anders. „Heute drehe ich den Schlüssel lieber einmal um, wenn ich das Haus verlasse", sagt sie.

VON SEBASTIAN BEUG

Schendlinger, 53 Jahre alt, Buchhalterin und Mutter eines 13-jährigen Sohnes, engagiert sich in der Bürgerinitiative „Unser Lübben" gegen den Bau einer Unterkunft für Asylbewerber. Ein Heim für bis zu 84 Bewohner gibt es bereits, das neue mit 100 Plätzen soll im dritten Quartal eröffnet werden. „Wir müssen helfen", sagt sie, „aber wir können nicht jedem helfen, der sich auf den Weg nach Deutschland macht."

Vor einem Jahr machten Gerüchte über mögliche Standorte für das Heim die Runde, 300 Lübbener folgten im Mai dem Aufruf von Schendlinger und anderen zur Gründung einer Bürgerinitiative. Am Anfang unterstützt die AfD die Gruppe, später wird sich Schendlinger von ihnen distanzieren. Und immer wieder demonstrieren sie auf dem Marktplatz der Kleinstadt – auch im vergangenen Sommer.

Juni 2023. Schendlinger steht unter den Bäumen an einem Rednerpult, daran ein Plakat: „Demokratie JETZT". Von dem Auftritt gibt es noch ein Video. Schendlinger, ärmelfreie Bluse, spricht über ihre erste Demonstration, gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin. Über die Staatsverschuldung. Über 200.000 fehlende Wohnungen – vor Zuzug weiterer Migranten. „Hier mit unserer Bürgerinitiative geht es um mehr als ein Containerdorf", sagt sie. „Das ist doch nur die Spitze des Eisbergs."

Im vergangenen Jahr stellten rund 350.000 Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland. Dieses Jahr könnten es wieder so viele werden. Doch nicht nur in Lübben, an vielen weiteren Orten in Deutschland hat längst ein Stimmungswechsel eingesetzt. Selbst einstige Flüchtlingshelfer wenden sich ab, so wie Schendlinger. Wie kam es dazu?

Ein Vormittag im März. Schendlinger schließt die Tür zu ihrem Einfamilienhaus auf. In der Küche döst eine Katze, an der Wand hängen Fotos aus Nepal. „Ich habe mein Herz an das Land verloren", sagt Schendlinger. Sie reiste seit 1998 mehrfach in das Land, übergab Spenden an Familien in abgelegenen Dörfern. Dann wollte sie in Deutschland helfen.

Zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2016 entschied sie sich, in der Flüchtlingshilfe aktiv zu werden. „Ich brannte dafür, den Leuten zu helfen", sagt Schendlinger. Sie betreute die Kinder von Asylbewerbern, während diese in Sprachkursen versuchten, Deutsch zu lernen. Doch immer wieder machte die Helferin Erfahrungen, die sie zum Grübeln brachten.

Schendlinger erzählt, wie sie Heimbewohner bei Sozialhilfeanträgen unterstützte. „Ich musste feststellen, dass einige besser wussten als ich, was ihnen zusteht", sagt sie. „Das tat mir weh." Dann hätten syrische Männer ihr gesagt, wie sie ihren Sohn erziehen solle. „Er ist doch ein Mann, er darf alles", sei der Tenor gewesen.

Sie stieg 2017 aus der Flüchtlingshilfe aus, hielt aber privat Kontakt zu einem Syrer, damals etwa Mitte 30. „Er war nett, konnte schon 2016 gut Deutsch und kam zum Kaffeetrinken zu mir", erinnert sich Schendlinger. Dann habe er immer öfters vor der Tür gestanden. „Er war in meiner Familie drin, aber ich merkte, dass ich das eigentlich nicht mehr wollte", sagt Schendlinger. „Und dann kam der Punkt, an dem er ein Nein nicht mehr verstanden hat."

Schendlinger nahm sich einen Anwalt, der junge Mann unterzeichnete eine Unterlassungserklärung. Trotzdem stalkte er sie weiter. Am Abend des 3. September 2020 eskalierte es. „Ich hatte mein Haus nicht abgeschlossen. Das habe ich früher eigentlich nie gemacht", sagt Schendlinger. „Es ging nachts um eins das Licht an und er stand in meinem Schlafzimmer und filmte mich." Schendlinger erstattete Anzeige. Erst als das Amtsgericht Lübben den Mann im Februar 2022 zu 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilte, war Ruhe. WELT liegen die Dokumente aus dieser Zeit vor.

Als Schendlinger spricht, wirkt sie angespannt. Sie sagt aber auch, dass sie die Belästigung inzwischen verarbeitet habe. „Das Problem sind allein reisende junge Männer aus Syrien und Afghanistan", sagt sie. „Die meisten von ihnen lassen sich nicht integrieren, die kulturellen Unterschiede sind zu groß." Die eigene Erfahrung bestärkt sie, sich gegen eine weitere Asylunterkunft zu stellen. Und wie ihr geht es auch anderen.

In einem Café in der Nähe der geplanten Unterkunft trifft Schendlinger Mitstreiter, darunter Rainer Gosdschan, ein 61-jähriger Einzelhändler, und Vivien, eine junge Erzieherin. Vivien hat eigentlich einen anderen Namen, möchte ihn aber nicht veröffentlicht sehen. Sie berichtet, wie drei Freundinnen vor fünf Jahren auf der Schlossinsel in Lübben von Afghanen belästigt wurden. „Eine von ihnen wurde gewürgt und am Hals gepackt, eine andere geküsst", sagt sie. Erst nach einem Tritt gegen einen der Angreifer gelang es den Frauen zu fliehen. Eine Polizeimeldung bestätigt den Vorfall.

In Lübben ist ein zweites Flüchtlingsheim geplant. Widerstand macht sich breit. Die Bürgerinitiative „Unser Lübben" formiert sich. Eine der Initiatoren ist Buchhalterin Nancy Schendlinger

Im Lübben geht es auch um mehr als eine Unterkunft. Gosdschan betreibt das Sportgeschäft „Freizeitoase". Frustriert spricht er über die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie, über Politiker ohne Verständnis für Unternehmer oder das Leben auf dem Land. „Wir alle bezahlen mit unseren Steuern das 49-Euro-Ticket. Das ist für mich nicht fair." Gosdschan war Anfang der 90er-Jahre Mitglied bei den Grünen, engagierte sich im Naturschutz. Heute, sagt er, würde er die Partei nicht mehr wählen.

Alle im zwölfköpfigen Kernteam der Bürgerinitiative seien parteilos, betont Schendlinger. Doch von Beginn an sprachen AfD-Politiker auf den Kundgebungen, darunter auch Hans-Christoph Berndt. Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Brandenburger Landtag leitet den rechtsextremen Verein „Zukunft Heimat". Schendlinger sagt, dass außer der AfD keine andere Partei Unterstützung bei der Organisation von Demonstrationen angeboten habe. Mittlerweile seien AfD-Politiker aber nicht mehr erwünscht. „Sie haben unsere Kundgebungen als Wahlkampfveranstaltungen gesehen", sagt sie. „Das war nicht abgesprochen."

Im Februar wurde der Protest gegen die Unterkunft ein Fall für den Staatsschutz: Unbekannte stellten einen Galgen in der Nähe des Unterkunftsgeländes auf und kritzelten das Wort „Neger" auf das Holz. Drei Tage später tauchte eine Schmiererei an einer Eisenbahnunterführung auf, in der die Familie des Bauunternehmers bedroht wird, der die Unterkunft auf seinem Grundstück errichtet. Die Bürgerinitiative distanzierte sich. „Das kommt von Bürgern, die sich nicht mehr anders zu helfen wissen oder es kommt sogar von der Gegenseite", sagt Schendlinger. Die Polizei erklärte auf Anfrage, dass bisher noch keine Tatverdächtigen ermittelt wurden oder einen Zusammenhang zur Bürgerinitiative festgestellt werden konnte.

Alle Versuche des Landkreises und der Stadt, mit dem Protest in Lübben umzugehen, blieben bisher erfolglos. Bürgermeister Jens Richter (CDU) schrieb einen offenen Brief. „Niemand ist dem rechten Spektrum zuzuordnen, weil er Fragen äußert", heißt es darin. Er fordert den Landkreis zu einer besseren Kommunikation auf. Zweimal traf Schendlinger deren Vertreter. „Und dann geht man aus diesen Gesprächen raus, hochgezogene Schultern, Blick nach unten und fragt sich, haben die unsere Punkte überhaupt gehört?" Der Landkreis erklärte, man habe ihr damals sowie in Kreistagssitzungen Fragen beantwortet.

Zu den Antworten gehört: Bisher sind 63 „Geflüchtete" im bestehenden Heim und 17 Personen, die Asylbewerberleistungen erhalten, in dezentralen Unterkünften untergebracht. Außerdem wohnen Ukrainer und anerkannte Asylbewerber in der Stadt, für die inzwischen das Jobcenter zuständig ist. Wer in die neue Unterkunft einziehen soll, entscheidet sich später. Mit vielen Familien rechnet der Landkreis aber nicht.

Die neue Unterkunft für Asylbewerber wird „Unser Lübben" wohl nicht mehr verhindern können. Aber Schendlinger möchte, dass Stimmen wie ihre gehört werden. Zur Kommunalwahl im Juni wollen sie mit einer eigenen Liste antreten. „Wir wissen, wir können nicht die Bundespolitik ändern", sagt Schendlinger. „Aber wir können etwas in Lübben bewegen. Da fängt es an."